

**Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der
Artikel 13 und 14 der Datenschutz-Grundverordnung im Zusammenhang mit der
Bearbeitung von Beschwerden, Eingaben und Dienstaufsichtsbeschwerden
in der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz**

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg
Drehbahn 36
20354 Hamburg
Tel.: 040 42828-0
Fax: 040 4273-13245
Email: poststelle@justiz.hamburg.de

Der Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz ist erreichbar unter:

Drehbahn 36
20354 Hamburg
E-Mail: jbdatenschutz@justiz.hamburg.de

Ihre Daten werden für Zwecke der Überprüfung und Bearbeitung Ihres Anliegens in der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz verarbeitet. Eine Speicherung personenbezogener Daten erfolgt in Word- und Excel-Dateien sowie im elektronischen Archiv ELDORADO. Worddateien und Eintragungen in Exceldateien werden zeitweilig vorgehalten und in unregelmäßigen Abständen gelöscht. In ELDORADO erfolgt die Löschung gemäß den Aufbewahrungsbestimmungen der Aktenordnung der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind je nach Lage des Einzelfalles Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c) und e) sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. e), f), g) DS-GVO bzw. §§ 47, 48 BDSG.

Ihre personenbezogenen Daten werden – wenn und soweit erforderlich - im Zuge des Verfahrens weitergegeben an

- die übrigen Beteiligten des Verfahrens im Rahmen des Erforderlichen (Dienststellen, Beschäftigte)
- andere Behörden, sofern sich aus dem Sachverhalt eine behördenübergreifende Bearbeitung / Stellungnahme ergibt.
- die Senatskanzlei, sofern die Beschwerde von dem Eingabenausschuß behandelt wird.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DS-GVO)

- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DS-GVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO).

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DS-GVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg).